

EU-Mission

Als „Feldarbeiterin“ in Georgien

Die österreichische Politologin spricht im KURIER erstmals über ihre Erfahrung als EU-Beobachterin im Südkaukasus.

VON ROMANA KLÄR

Seit einigen Wochen kontrollieren rund 350 Experten aus 22 EU-Staaten die Lage in Georgien – besonders auch in den Pufferzonen zwischen dem georgischen Kerngebiet und den abtrünnigen Provinzen Südossetien und Abchasien. Die EU-Beobachter sollen die Rückkehr der Flüchtlinge



HANS-PETER WINKLER

Auslandserfahrung: Doris Vogl

in ihre Dörfer sichern helfen und die Einhaltung des Waffenstillstandsabkommens überwachen. An der Mission nehmen auch vier Österreicher teil: drei Polizisten und eine Expertin für Menschenrechte. Die 47-jährige Politologin **Doris Vogl** ist eine profunde Kennerin Georgiens, sie war zuvor unter anderem in Peking bei der UNO sowie in der Entwicklungshilfe – etwa in Kambodscha – tätig.

KURIER: Wie sind Sie zu diesem Einsatz gekommen?

Doris Vogl: Im Außenministerium kennt man mich als Südkaukasus-Expertin. Ich habe einige Jahre in Georgien gelebt und an der Uni in Tiflis politische Soziologie unterrichtet. Bei den Wahlen 2000 und 2008 war ich als OSZE-Beobachterin dabei. Ich selbst sehe mich als Feldarbeiterin – als Politologin, die weniger am Schreibtisch arbeitet, sondern bei den Menschen.

Wie gefährlich ist dieser Einsatz in Georgien?

Man muss bei einer Mission in einem Nachkriegsgebiet immer damit rechnen, dass eine Situation eskaliert. Schon eine Kleinigkeit kann



REUTERS / SERGEI KARPOKHIN

Friedens-Einsatz: Experten aus 22 EU-Mitgliedsstaaten überwachen im Südkaukasus den langsamen Übergang vom Krieg zu Friedenszeiten

zu einem Gewaltakt führen. Bisher war das hier aber nicht der Fall.

Worauf müssen Sie derzeit

besonders achten?

Bei menschenrechtsrelevanten Situationen ist es sehr wichtig, sich auf die eigenen Augen und Ohren zu

verlassen. Wir fragen nach, ob Kinder in die Schule gehen können, ob es Zugang zu Ärzten gibt. Wir schauen nach, was zerstört wurde,

und haben Kontakt zu den Behörden.

Wie werden Sie von der Bevölkerung aufgenommen?



UNHCR: Flüchtlinge kehren wieder heim

Flüchtlinge Fünf Tage dauerte der Krieg zwischen Georgien und Russland im August. Dabei wurden mehr als 133.000 Zivilisten aus den georgischen Dörfern und der Stadt Gori vertrieben. Zigttausende flüchteten während der Kämpfe von Südossetien auch nach Russland.

Rückkehr Das Flüchtlingskommissariat UNHCR sagt, dass in den vergangenen Wochen rund 78.000 wieder zurückgekehrt sind, 20.000 davon in die Pufferzonen rund um Südossetien und Abchasien. Eine gefährliche Heimkehr, ist doch das Gebiet noch immer stark vermint.

► Geberkonferenz

Milliarden für den Wiederaufbau

Rund 2,4 Milliarden Euro will die internationale Staatengemeinschaft in den kommenden drei Jahren insgesamt für den Wiederaufbau Georgiens aufbringen. Zwei Monate nach dem Waffengang zwischen Georgien und Russland um die abtrünnigen Provinzen Südossetien und Abchasien beriet eine Geberkonferenz in Brüssel die Aufteilung der Hilfslasten.

Die EU-Kommission will in den nächsten drei Jahren davon bis zu 500 Millionen Euro für den Wiederaufbau Georgiens und die Sicherung der Wirtschaftslage in der Region aufbringen. Die USA wollen den größten Beitrag leisten: eine Milliarde Dollar, umgerechnet rund 700 Millionen Euro. Russland nahm an der Konferenz nicht teil.

Europäer und Amerikaner fordern aber strenge Kontrolle, wohin die Hilfgelder fließen. EU-Außenkommissarin Benita Ferrero-Waldner: „Wir erwarten, dass Georgien das Geld nutzt, um wichtige Reformen voranzutreiben.“

Die Anti-Korruptionsorganisation *Transparency International (TI)* warnt massiv vor Verschwendung der Hilfgelder. Es müsse mit allen Mitteln verhindert werden, dass das Geld in falsche Hände kommt, fordert auch der deutsche Staatsminister Gernot Erler. Allerdings, so erklären TI-Experten, habe sich die Lage in Georgien etwas verbessert: Laut internationalem Korruptions-Index liegt Georgien unter 180 Staaten auf Platz 67, noch vor den neuen EU-Staaten Rumänien und Bulgarien.

Sehr freundlich. Vielfach sind die Erwartungen aber zu hoch – etwa wenn sie fordern, dass wir Südossetien und Abchasien zurückbringen sollten. Wir müssen dann darauf hinweisen, dass wir nur eine Beobachterrolle haben und zu Normalisierung, Stabilisierung und Vertrauensbildung beitragen. Die politischen Fragen müssen an anderer Stelle gelöst werden – insbesondere bei den Genfer Gesprächen.

Gibt es viele Flüchtlinge, die noch nicht in ihre Dörfer zurückkehren können?

Wir sehen, dass sich ihre Zahl reduziert hat. Aber man muss bedenken, dass nicht nur Menschen während des Konflikts im August geflüchtet sind. Es gibt noch viele, die seit dem Krieg in Abchasien 1992/’93 als Vertriebene im eigenen Land leben. Sie haben jetzt Hoffnung, dass sich die internationalen Organisationen nicht nur um die „neuen Flüchtlinge“ kümmern, sondern dass auch ihnen geholfen wird.

Wie läuft die Zusammenarbeit mit den Kollegen aus den anderen EU-Ländern?

In unserem Kontingent aus 29 Beobachtern, das Tag und Nacht um die Hafentstadt Poti patrouilliert, bin ich die einzige Frau. Wir ergänzen uns. In unserem Team sind Spanier, Griechen, Ungarn, Letten, Österreicher und ein Este. Jeder von uns ist anders sozialisiert. Jedem fällt etwas anderes auf. Wenn wir mit dem Auto unterwegs sind, ist immer einer dabei, der Russisch spricht – so wie ich.

Sie kennen Georgien noch aus den Jahren unter Schevardnadse, also bevor Saakaschwili 2004 an die Macht kam. Hat sich seither viel verändert?

Viele Junge blicken nach Westen und wollen heute in den USA und in Europa studieren. Das war anders, als ich damals hier unterrichtet habe. Das Leben ist nicht einfacher geworden. Alles ist teurer. Gehälter wurden nicht entsprechend angehoben.

Wissen Sie schon, wie lange Sie diesmal in Georgien bleiben werden?

Die Mission ist für ein Jahr vorgesehen. Wir werden sehen. Mein Sohn, er ist fast 18 und geht in Wien zur Schule, ist jedenfalls ganz froh, dass er derzeit meinem Observationsradius entschunden ist. Ihn kann ich momentan nur mit SMS-Nachfragen kontrollieren.

ÜBERBLICK

EU-Staaten einigen sich über Blue Card

Nach monatelangem Streit haben sich die 27 EU-Staaten grundsätzlich auf eine sogenannte Blue Card für Fachkräfte aus Drittstaaten geeinigt. Nach dem Vorbild der US-Green-Card will die EU hoch qualifizierte Arbeitskräfte nach Europa holen.

Gleiche Rechte für Zeit- und Leiharbeiter

Zeit- und Leiharbeiter sollen in Zukunft gleiche Rechte wie Festangestellte in Unternehmen erhalten. Am Mittwoch billigte das Europa-Parlament einen entsprechenden Gesetzesvorschlag. Ihn müssen die EU-Staaten in den nächsten zwei Jahren umsetzen.

Grünes Licht für neue Handelskommissarin

Die Britin Catherine Ashton wurde vom Europa-Parlament als neue EU-Handelskommissarin bestätigt. Sie folgt Peter Mandelson nach, der kürzlich als Wirtschaftsminister in die britische Regierung von Premier Gordon Brown geholt wurde.

Druck auf Polens Staatsoberhaupt

Polens Präsident Lech Kaczyński gerät in Polen und in der EU unter Druck, weil der EU-Reformvertrag noch nicht ratifiziert hat. Sowohl EU-Ratsvorsitzender Sarkozy als auch Polens Regierungschef Tusk fordern ihn auf, dies endlich zu tun.

Plassnik warnt vor Neo-Nationalismus

Außenministerin Ursula Plassnik forderte anlässlich der diesjährigen traditionellen „Churchill-Rede“ in Zürich eine neue Nachbarschaftspolitik der EU für die Türkei und die Ukraine. Zugleich warnte sie vor Neo-Nationalismus in Europa.

Geheimdienstler neuer Premier in Südossetien

Russland hat einen russischen Staatsbürger mit langer Geheimdienstlerfahrung zum neuen Regierungschef in der von Georgien abtrünnigen Provinz Südossetien ernannt. Aslan Bulazew war 20 Jahre lang für den Moskauer Inlandsgeheimdienst tätig.